

Oeffentliches Sanitätswesen.

E. Dietrich (Berlin), Die Hebammenreform in Preußen.¹⁾

Besprochen von H. Fritsch (Bonn).

Die Hebammenreformer teilen sich in solche, die das Unmögliche, und solche, die das Mögliche verlangen. Die ersten betonen, daß man nicht mit Halbem oder Ungenügendem sich zufrieden geben dürfe. Sie meinen, das Annehmen einer Abschlagzahlung bedinge den Verzicht auf die volle Lösung der Frage. Die andern fürchten, daß, wenn zuviel resp. Unmögliches verlangt werde, schließlich nichts geschähe. Schrittweise müßte man weiterkommen, jede auch noch so kleine Errungenschaft gern annehmen. Was aber nun unmöglich ist, was möglich — das ist der große Streit!

Der Staat wird sich niemals auf einen extremen Standpunkt stellen. Er muß vieles berücksichtigen, vor allem die historische Entwicklung, die widerstreitenden Interessen, die Zahler und die Bezahlten, die verschiedenen Verhältnisse in der Stadt und auf dem Lande, bei Arm und bei Reich! In einem kleinen Staate wird es noch am leichtesten sein, neue Einrichtungen einzuführen, denn die Verhältnisse sind überall gleich oder doch ähnlich. Aber in einem großen Staat wie Preußen entstehen fast unübersteigliche Hindernisse, wenn man nicht ungerecht sein will. Hier muß als Grundsatz gelten: kein Schritt vorwärts, den man etwa gezwungen werden könnte zurückzutun.

Alle diese Schwierigkeiten mit sicherem Blicke erkannt, mit andauerndem Fleiß bekämpft und zum Teil schon überwunden zu haben, dieses große Verdienst gebührt dem Verfasser, der schon als Kreisphysikus in Liebenwerda vor vielen Jahren sich der Hebammenfrage praktisch und schriftstellerisch gewidmet und in seinem Kreise mustergültige Verhältnisse geschaffen hat.

Gewiß ist dem Verfasser oft bei den Aerzten, die mit bestem Willen reformieren wollen, eine große Unkenntnis der historischen Entwicklung und der aktuellen Verhältnisse des Hebammenstandes aufgefallen. Deshalb wohl hat er diese umfassende Arbeit allen Aerzten zugänglich gemacht, damit sie wissen, was schon geleistet ist, und damit sie auf das schon erreichte Gute das noch zu erreichende Bessere aufbauen können.

Der Verfasser beschreibt zuerst das Hebammenwesen in Preußen bis zur Jetztzeit. Die staatliche Fürsorge für die Hebammen beginnt mit dem Medizinaledikt des großen Kurfürsten vom Jahre 1685. Dieselben Bestimmungen über die Prüfungen der Hebammen haben vom Jahre 1725 bis 1825 gegolten! Seit 1817 gehört das Hebammenwesen in den Geschäftsbereich des Ministers der Medizinalangelegenheiten. Niemals hat in Preußen das gesamte Hebammenwesen direkt dem Staat unterstanden, vielmehr gab es neben den staatlichen Lehranstalten provinzielle und städtische. 1875 wurden die Hebammenlehranstalten mit Ausnahme der mit staatlichen Kliniken verbundenen in Königsberg, Kiel, Marburg und Berlin den

¹⁾ Die Arbeit erscheint demnächst in der Zeitschr. f. ärztl. Fortbildung.

Provinzialverbänden übertragen. Dies war nach der Ansicht des Referenten der verhängnisvolle Schritt zu dem Verzicht des Staates auf die direkte Leitung der Hebammenausbildung.

Außerordentlich zu beklagen ist auch, daß man damals den sogenannten Tauf- und Traugroschen abschaffte, der bei jeder Taufe und Trauung eingezogen wurde. Diese Abgabe hat niemanden gedrückt, und der so geschaffene Fonds hat unendlich viel Segen gestiftet, wie sich Referent noch aus der ersten Zeit seiner Tätigkeit erinnert. Es war damals sehr leicht möglich, alten, armen, kranken Hebammen erhebliche Unterstützungen und besonders fleißigen, tüchtigen Hebammen Belohnungen zu verschaffen. Als diese Fonds aufgehoben wurden, fehlte jede Möglichkeit der Unterstützung. Nur mit endlosen Schreibereien gelang es noch, Geld zu erlangen. Referent erinnert sich eines Falles, wo eine Hebamme mit inoperablem Carcinom dem Landrat gemeldet und ihm geraten war, die Hebamme zu unterstützen, ihr aber die Tätigkeit zu untersagen. Nach einem halben Jahre wurde die Unterstützung entzogen: „weil fälschlicherweise Krebs angenommen sei, denn hätte er bestanden, so müßte die Hebamme schon gestorben sein.“ Ich verpflegte dann die völlig mittellose Hebamme bis zu ihrem Tode in der Klinik!

Schon damals gab es Bezirkshebammen. Die Niederlassung der Hebammen war von der Genehmigung der Behörden abhängig, so daß also der Staat in sehr vollkommener Weise das Hebammenwesen zu regeln imstande war. Diese Macht des Staates hörte mit dem Gesetz über die Freizügigkeit im Jahre 1867 auf. Allerdings war es den einzelnen Staaten überlassen, gesetzliche Anordnungen über die Ausbildung und die Art des Gewerbebetriebs der Hebammen zu erlassen. Dies geschah auch z. B. in Sachsen, Oldenburg etc. In Preußen aber nicht. Man nahm in Preußen den Hebammen die frühere Steuerfreiheit, die Unterstützungsmöglichkeit aus dem Taufgroschenfonds und gab ihnen dafür das Danaergeschenk der absoluten Niederlassungsfreiheit, was gleichbedeutend war mit der Zulassung der wildesten und oft unlauteren Konkurrenz. Die schädlichen Folgen blieben nicht aus!

Die kostenlose Ausbildung, die die Provinz den von armen Gemeinden präsentierten Hebammenschülerinnen gewährte, lockte nur die ärmsten, erwerbslosen Frauen an, die von der Gemeinde oft präsentiert wurden, weil man eine Almosenempfängerin los werden wollte. Die Hebammen, die sich für drei Jahre verpflichten mußten, verzogen sofort nach drei Jahren, falls die Einnahmen schlecht waren. Dann wurde wieder eine Hebammenschülerin präsentiert. So nahm die Zahl der Hebammen zu, die Einnahmen ab. In reichen Städten gab es zu viel, in armen Gegenden zu wenig Hebammen.

Es wurde auch versucht, die Sicherstellung der Hebammen für den Fall des Alters, der Invalidität und der Krankheit zu erreichen. Der dahin gehende preußische Antrag wurde von der Reichsregierung abgelehnt.

Das große Zahlenmaterial, mit dem der Verfasser seine Angaben stützt, kann nicht referiert werden. Wer aber selbst in ähnlicher Weise gearbeitet hat, weiß, welch enormer Fleiß in diesen Tabellen steckt und welch großes Geschick notwendig ist, um derartige Tabellen in richtiger Weise zu verwerten.

Wir haben in Preußen 19 700 Hebammen. Man muß unterscheiden: freitätige (freipraktizierende), die also gemäß der Freizügigkeit überall sich niederlassen und ihrem Berufe leben können: 41,3%, Bezirkshebammen: 58,6%, diese wurden früher von den Verbänden der Landgemeinden und Gutsbezirke angestellt. Obwohl nun diese Bezirke nicht mehr existieren und die Kreise die Fürsorge für die Geburtshilfe übernommen haben, blieb der Name Bezirkshebamme. Sie erhalten in verschiedener Weise Emolumente, so z. B. freie Ausbildung, freie Instrumente, Desinfizientien, freies Fuhrwerk, Wohnung und auch Remunerationen. Zuletzt gibt es, abgesehen von den etwa 40 Institutshebammen, noch Gemeindehebammen. Dieser Name ist falsch, sie müßten Armenhebammen heißen. Man gewährt ihnen für die Geburtshilfe bei insolventen Armen entweder ein Pauschale oder eine vertragsmäßig festgesetzte Bezahlung für jeden Fall. Dies sind eigentlich freitätige Hebammen, die wie ein Armenarzt die Geburtshilfe bei Armen übernommen haben.

50% der Hebammen haben nur 50 Geburten im Jahre. Im Jahre 1905 kam durchschnittlich auf 1760 Einwohner und 16,8 qkm eine Hebamme. Hier aber sind die Verhältnisse natürlich sehr verschiedene. So z. B. kam im Regierungsbezirk Allenstein auf 62 qkm und in Berlin auf 0,12 qkm eine Hebamme. Da wo die Hebammen wegen zu großer Bezirke nicht ausreichen, werden die Geburten von Kurpfuscherinnen besorgt. Im ganzen 14,2% der Geburten! Und in diesen Gegenden ist die Sterblichkeit an Kindbettfieber und auch die der Säuglinge ganz erheblich größer als dort, wo Hebammen in genügender Zahl vorhanden sind!

Die Einnahmen sind bis auf eine verschwindende Zahl von Heb-

ammen überall zu gering. Sie schwanken zwischen 200 und 400 M. In vielen Kreisen werden die Kosten für Desinfizientien, für Nachprüfungen, für Teilnahme an den Wiederholungskursen, für den Fall der Untersagung der Berufstätigkeit, für die staatliche Invaliditätsversicherung von den Kreisen aufgebracht. Ja, was dem Leser auffallen muß, es sind nicht etwa die reichen Landesgegenden, sondern gerade die armen, die opferbereit unterstützen und eine statistische Regelung des Hebammenwesens besitzen. Eine solche gibt es z. B. nicht in Berlin, Magdeburg, Wiesbaden, Köln, Düsseldorf, Aachen, Coblenz etc. Wenn man die Uebersicht über die im Etatsjahr 1904 seitens der Landkreise Preußens für das Hebammenwesen gemachten Aufwendungen studiert, so staunt man, daß arme Gegenden des Landes, wie z. B. Gumbinnen 18 677 M., Allenstein 20 034 M., Marienwerder 39 273 M., Oppeln 26 517 M. aufwendet, während Köln nur 1073 M. und Düsseldorf 2440 M. für das Hebammenwesen hergeben.

Wir besitzen in Preußen 27 Hebammenausbildungsstätten mit etwa 900 Schülerinnen. Etwa ebensoviel Hebammen nahmen jährlich an Wiederholungskursen teil.

Zum Schluß geht Verfasser auf die Hebammenreform ein. Es soll die Zulassung von Schülerinnen von guten Kenntnissen abhängig gemacht werden. Nicht der Kreisarzt allein soll über die Kenntnisse entscheiden, sondern eine Kommission, der ein Pädagoge angehört. Also ein Admissionsexamen, wie es früher z. B. in Bayern für die Mediziner bestand. Die Direktoren sollen von ihrem Rechte, Unfähige auch noch im Laufe des Kurses auszumerzen, mehr Gebrauch machen. Die Dauer des Lehrkurses soll überall auf 9 Monate bemessen werden. Hier zeigt sich so recht, wie Ref. bemerken möchte, der Fehler, den der Staat gemacht hat, als er das Hebammenwesen den Provinzen überließ! Jetzt mag der Staat anordnen, so viel er will; gibt die Provinz nicht das Geld für die Verlängerung des Kurses her, so ist der Staat machtlos. Längst haben alle Hebammenlehrer die Vorzüglichkeit der poliklinischen Ausbildung nachgewiesen. Bezahlt aber die Provinz den dazu notwendigen Assistenten nicht, so mag der Staat „anregen“ und das Segensreiche einer Poliklinik empfehlen, sie tritt doch nicht ins Leben!

Die ebenfalls unumgänglich notwendigen Wiederholungskurse sind überall einzuführen. Die Kontrolle der Hebammen durch außerordentliche Revisionen, die in Mecklenburg existiert und bei uns nur im Regierungsbezirk Trier, soll wirksamer gestaltet werden. Nachprüfungen sollen nicht wie bisher alle drei, sondern alle Jahre stattfinden. Referent möchte dringend empfehlen, daß der Hebammenlehrer stets die Nachprüfungen leite resp. daß er und nicht der Kreisarzt diese Prüfungen abhalte und daß der Hebammenlehrer über die Ergebnisse dem Regierungspräsidenten berichten muß. Der Hebammenlehrer ist der beste Sachverständige. Einerseits wird er am erfolgreichsten prüfen, andererseits wird er lernen, was er beim Lehren besonders betonen muß. Sonst aber ist der Hebammenlehrer, weil er ja garnicht Staatsbeamter ist, nur Nebenperson bei den vom Staat veranlaßten Nachprüfungen. Die Kosten für das Hebammenlehrbuch, für Geräte, für Entschädigung für den Aufenthalt in den Anstalten bei den Wiederholungskursen, für die Nachprüfungen, für die Unterbrechung der Berufstätigkeit, für angemessene Versorgung bei Dienstunfähigkeit müssen beschafft werden.

Diese Kosten werden schon jetzt zum Teil von den Kreisen und kommunalen Verbänden aufgebracht. Wo das nicht geschah, lag es oft nicht am bösen Willen, sondern an der pekuniären Leistungsunfähigkeit der Verbände. Da ist es nun Pflicht des Staates einzuspringen! Der Anfang ist damit gemacht, daß 50 000 M. in diesem Jahr zu dem Zwecke bewilligt sind. Natürlich ist dies zu wenig, aber wenn die Notwendigkeit erkannt ist, werden größere Bewilligungen folgen.

Es bestand nun zunächst die Absicht, ein Hebammengesetz zur Abstellung aller Mißstände zu erlassen. Viele Vorarbeiten sind schon ausgeführt. Indessen hat man Abstand genommen, weil man das Schematisieren fürchtete und weil es kaum möglich schien, überall passende gesetzliche Bestimmungen zu finden. Aber, um den Hebammen doch in einem wichtigen Punkte zu helfen, wurde ein Gesetz über die Gebühren der Hebammen ediert. Die Gebührenordnung ist nicht eine überall gleiche wie bei den Aerzten. Sie konnte es nicht sein, da die Verhältnisse zu verschieden sind. Vielmehr hat man es den verschiedenen Kreisen und Ortschaften überlassen, unter Mitwirkung der Aerztereine, der Hebammenvereine und der lokalen Behörden die Gebührenordnung festzusetzen.

Diesen Gedanken hält Referent für einen sehr glücklichen. Die deutsche Gesetzgebung ist oft zu kasuistisch. Man gibt sich die größte Mühe, für jede Möglichkeit Bestimmungen zu treffen. Die Erscheinungen und Betätigungen im menschlichen Leben sind aber so mannigfaltige, die Aenderungen in den verschiedenen Zeiten so bedeutende, daß immer Lücken bleiben oder entstehen. Deshalb muß man nur die allgemeinen Grundgedanken festsetzen,

die Verpflichtungen fixieren, aber die spezielle Ausführung den Lokalbehörden resp. den gesetzlich Verpflichteten überlassen. In dieser Weise gelingt es vielleicht noch, ein allgemeines deutsches Hebammengesetz zu schaffen. Ist die Verpflichtung des Staates, der Provinz, des Kreises oder Verbandes, für das ganze Hebammenwesen genügend zu sorgen, gesetzlich festgelegt, so können sich die Lokalbehörden den nötigen Opfern nicht mehr entziehen.

Was die Sicherstellung der Hebammen für den Fall der Dienstunfähigkeit anbelangt, so kann die staatliche Invalidenversicherung nicht in Betracht kommen, weil die Berufsinvalidität der Hebammen sich nicht mit der gesetzlichen Invalidität deckt. Einer Anzahl Hebammen, den Bezirkshebammen, ist schon vielfach die Versorgung vertragsweise zugesichert. Die freitätigen Hebammen sind auf die allgemeine deutsche Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse, somit auf Selbsthilfe, angewiesen.

Aus der Darstellung des Verfassers entnimmt man, daß es falsch ist, der Regierung Mangel an Interesse und Lauheit vorzuwerfen, wie es vielfach von solchen geschieht, die nur oberflächlich mit dem Material bekannt sind. Es ist mancherlei geschehen, was von Erfolg ist. Wir wollen hoffen, daß es dem an maßgebender Stelle sitzenden Verfasser gelingt, für den ganzen preußischen Staat so gute Einrichtungen im Hebammenwesen zu ermöglichen, wie er es seinerzeit in seinem Kreise Liebenwerda erreicht hat. Der freudigen Mitwirkung aller Hebammenlehrer kann er versichert sein.